



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 28 vom 25. Juni 2007

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 Uhr bis 21.35 Uhr

Leitung: E. Kohl Seyfert

Anwesend: 39 Mitglieder

Abwesend: M. Schmidli

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 27. Sitzung vom 21. Mai 2007 wird genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Esther Kohl Seyfert

Brigitte Christen

Mitteilungen der Präsidentin:

E. Kohl bedankt sich beim Ratskollegium, beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Unterstützung, welche sie während ihres Präsidialjahrs erfahren durfte. Dieses war nicht immer einfach und beinhaltete einige sehr anspruchsvolle Geschäfte.

Damit die heutige Traktandenliste zügig behandelt werden kann, hat sie auf eine musikalische Einlage verzichtet. Beim Apéro nach der Sitzung wird sich noch Gelegenheit für Gespräche ergeben.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Postulat SP-Fraktion vom 22.6.2007: Schaffung einer Fachstelle / Fachkommission für Kinder-, Jugend- und Familienfragen; Gesch. Nr. 165
- Postulat SP-Fraktion vom 22.6.2007: Ferienbetreuung von Primarschulkindern und Jugendlichen in der Gemeinde Binningen; Gesch. Nr. 166

Die Präsidentin liest das vor der Sitzung eingereichte Postulat vor.

- Postulat CVP-Fraktion vom 25.6.2007: Buslinie 61: 15-Minutentakt während den Hauptverkehrszeiten, Gesch. Nr. 167

Es wird kein Wortbegehren gestellt. Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

| | Gesch. Nr. |
|--|-------------------|
| 1. Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007: Wahl des Einwohnerrats-Präsidiums für das Amtsjahr 1.7.2007 bis 30.6.2008 | 162 |
| 2. Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007: Wahl des Einwohnerrats-Vizepräsidiums für das Amtsjahr 1.7.2007 bis 30.6.2008 | 163 |
| 3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.4.2007 und Bericht der GRPK vom 13.6.2007: Jahresbericht 2006 inklusive Rechnung und zehn Leistungsberichte | 150 |
| 4. Bericht / Antrag der GRPK vom 6.6.2007: Zusatzkredit Schlosspark | 155 A |
| 5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2007: Schaffung eines Schülerhorts | 158 |
| 6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2007: Bewilligung eines Planungskredits von CHF 25'000.— für die Sanierung des Saunatrakts der Sport- und Schwimmhalle Spiegelfeld | 154 |
| 7. Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2007: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 44'000.— für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung des Verkehrskreisels Kronenplatz | 138 A |
| 8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007: Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht) | 164 |
| 9. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007: Postulat betr. Pflegeplatz für junge allein lebende Behinderte | 142 |
| 10. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007: Postulat: Für eine rasche Realisierung des Margarethenstichs der Tramlinie 10 | 152 |
| 11. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 21.5.2007: Motion betr. Pandemieplan für die Gemeinde Binningen | 161 |
| 12. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007: Motion betr. Schliessung des Schiessstandes am Allschwilerweiher | 159 |
| 13. Diverses | |

Traktandum 1**Geschäft Nr. 162**

Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Wahl des Einwohnerrats-Präsidiums für das Amtsjahr 1.7.2007 - 30.6.2008

Grüne/EVP: R. Bänziger stellt im Namen ihrer Fraktion (und stellvertretend für die Fraktionssprecherin Mirjam Schmidli) Urs von Bidder vor. Er ist Primarlehrer im Neusatz-Schulhaus, ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Seit Januar 1994 ist er Einwohnerrat. Seit 2002 war er Stellvertreter für die SP in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, seit 2004 ist er Fraktionsvertreter der Grünen/EVP in der GRPK. Er wirkte zudem als Mitglied in zwei Spezialkommissionen mit. Ihre Fraktion schlägt ihn vor, weil er über langjährige Ratserfahrung verfügt, wegen seiner ökologischen Einstellung und nicht zuletzt aufgrund seiner integrativen Persönlichkeit.

**://: Als Präsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2007/08 wird bei einem absoluten Mehr von 15 Stimmen mit 27 Stimmen gewählt:
*Urs von Bidder, EVP/Grüne***

Urs von Bidder dankt für das Vertrauen. Er sieht das Amt als Dienst an der Bevölkerung in Binningen. Er wird sich bemühen, es mit Sorgfalt und Achtung zu erfüllen und erklärt Annahme der Wahl.

Traktandum 2**Geschäft Nr. 163**

Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Wahl des Einwohnerrats-Vizepräsidiums für das Amtsjahr 1.7.2007 - 30.6.2008

SP: S. Zürcher nennt als Kandidaten seiner Fraktion Albert Braun. Er ist den Ratsmitgliedern bestens bekannt, hat er doch seit seinem Amtsantritt 1994 als Mitglied der GRPK, verschiedenen Subkommissionen sowie als Vertreter in diversen Spezialkommissionen als auch als Stimmenzähler engagiert mitgewirkt. Er wird daher das Vizepräsidium mit Qualität und Würde ausfüllen.

**://: Als Vizepräsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2007/08 wird bei einem absoluten Mehr von 14 Stimmen mit 27 Stimmen gewählt:
*Albert Braun, SP***

Traktandum 3**Geschäft Nr. 150**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.4.2007 und Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 13.6.2007:

Jahresbericht 2006 inklusive Rechnung und zehn Leistungsberichte

M. Metz, Präsident GRPK, stellt fest, dass wiederum ein sehr guter Rechnungsabschluss vorliegt, was beweist, dass der Gemeinderat sorgfältig gewirtschaftet hat. Der Dank geht auch an die Verwaltung für den Bericht. Ein Kompliment geht zudem an die Mitglieder der GRPK-

Subkommissionen, welche in kurzer Zeit die Unterlagen gründlich studierten. Aus Sicht der Kommission liegen keine grösseren Probleme oder Mängel vor. Geteilter Meinung sind sich die Mitglieder über den Umfang des Berichts. Er regt daher an, dass in den Fraktionen diskutiert werden soll, was diesbezüglich gewünscht wird. Zum weiteren Vorgehen: Die GRPK wird im Hinblick auf das Budget 2008 zusammen mit der Verwaltung im Lauf des Jahres über die Leistungsaufträge sprechen.

Eintreten:

M. Ziegler, FDP, äussert sich zufrieden über den Rechnungsabschluss. Das Budget 2006 wurde gut eingehalten. Die Abweichungen sind bekanntlich aufgrund der höheren Steuererträge, der geringeren Investitionen und dem Verkauf gewisser Liegenschaften entstanden. Binningen leistet sich aber nach wie vor ein Angebot, welches weit über die Kernaufgaben der Gemeinde hinausgeht; dementsprechend ist auch das Ausgabenniveau hoch. Seine Fraktion wünscht, dass im Sinn von WOV die Produkte mit anderen Gemeinden verglichen werden (benchmarking). Dies bedeutet zwar einen besonderen Arbeitsaufwand, wird aber zu einer Effizienzsteigerung führen. Die Fraktion will auf das Geschäft eintreten und wird den Anträgen der GRPK zustimmen.

CVP: K. Amacker erklärt, dass ihre Fraktion ebenfalls die Anträge der GRPK befürwortet. Es wird erwartet, dass die Empfehlungen an den Gemeinderat berücksichtigt werden. Sie dankt für die umfangreiche Dokumentation. Die Darstellung der Globalrechnungen ist übersichtlich und erlaubt eine themenbezogene Betrachtungsweise. Damit bezüglich der Leistungsberichte ein Vergleich möglich ist, sollte eine gewisse Kontinuität gewährleistet bleiben. Verschiedene Leistungsziele wurden nicht erreicht, was positiv beurteilt wird. Dies zeigt nämlich, dass von realistischen Fakten ausgegangen wurde. Die Rechnung schliesst wieder mit einer schwarzen Null. Mit einer grosszügigen Abschreibungspraxis können vom Bruttoüberschuss 5.5 Mio. Franken verwendet werden. Weitere 1.1 Mio. dienen als Rückstellung für das neue Alterszentrum. Der Selbstfinanzierungsgrad ist deutlich über 100 %; der Gemeinde geht es demnach sehr gut. Auch die Steuereinnahmen wurden realistischer prognostiziert. Eine Erhöhung wird sich in den nächsten zwei Jahren nicht aufdrängen. Die Investitionen konnten leider nur im Umfang von 7 Mio. vorgenommen werden, was sich hoffentlich - trotz ungünstiger Zeichen - ändern wird.

SP: F. Dietiker: Erneut ist ein erfreulicher Rechnungsabschluss erzielt worden. Erstmals liegt eine integrale Sicht über Leistungen und Finanzen vor. Die gemeinderätliche Zusammensetzung wirkt sich offensichtlich positiv für Binningen aus. Wichtige Projekte, wie beispielsweise Tempo 30, Ortsplanung konnten vorangetrieben werden. Auf Verwaltungsebene konnten zahlreiche Leistungsvereinbarungen mit Partnerorganisationen abgeschlossen werden. Oft wird gerade das, was über das gesetzliche Minimum hinausgeht, besonders geschätzt. Zu erwähnen ist jedoch, dass es für die Einwohnerratsmitglieder einen beachtlichen Aufwand darstellt, die Leistungsberichte zu lesen. Hier sind noch Verbesserungs- Vereinfachungsmöglichkeiten vorhanden. Zur Rechnung fällt auf, dass die Steuereinnahmen inzwischen wesentlich genauer budgetiert werden können. Die hohen Beträge für Sozialhilfe sind erschreckend. Aufgrund der guten Wirtschaftslage sollte es gelingen, eine Reduktion durch entsprechende Lösungen zu erzielen. Der Selbstfinanzierungsgrad wird im 2009 massiv unter 100 % sinken, was zu einer Steuererhöhung führen wird. Er dankt der Exekutive und der Verwaltung. Die SP-Fraktion genehmigt die Anträge der GRPK.

Grüne/EVP: R. Bänziger dankt den Verantwortlichen für die sorgfältige Präsentation der Rechnung 2006. Der Umfang ist allerdings erschlagend. Es finden sich darin aber viele Informationen, u. a. inwiefern die Ziele erreicht wurden oder auch nicht. Die Gründe für die ausgeglichene Rechnung sind bereits erwähnt worden, ebenso was die Steuern und den Selbstfinanzierungsgrad angeht. Wiederum konnten die Investitionen nicht wie geplant vorgenommen werden. Der Betrag für Vorfinanzierungen konnte sogar um 550'000 Franken erhöht werden. Entsprechend muss der Finanzplan angepasst werden. Ihre Fraktion vertritt die Meinung, dass die Leistungs- und Wirkungsziele generell überprüft werden sollten. Es macht wenig Sinn, Wirkungsziele zu definieren, die niemandem nützen. In manchen Fällen wäre weniger mehr.

SVP: C. Schaub findet namens seiner Fraktion die neue Präsentation des Jahresberichts bezüglich Definitionen, statistischen Angaben, Informationen allgemeiner Art nicht mehr so gut nachvollzieh-

bar. Positiv zu erwähnen ist dennoch die Transparenz und die Übersicht über die Ziele, welche trotz Einsatz der vorhandenen finanziellen Mittel nicht überall erreicht wurden. Dies wird sich vermutlich ändern, wenn künftig standardisierte Fragebögen verwendet werden, welche die Wirkung, Leistung und Standards der einzelnen Produktgruppen erfassen. Die Ausgabenseite muss weiterhin genau im Auge behalten werden. Abschliessend geht der Dank an die Verwaltung, für welche das Erstellen der Unterlagen ein grosser Aufwand bedeutete. Seine Fraktion befürwortet die Anträge der GRPK.

Stellungnahme des Gemeinderats: J. Saxer freut sich über das positive Echo zur Vorlage. Der Cashflow ist um 3,7 Mio. höher. Die Gründe sind im Bericht erläutert und wurden in der Eintretensdebatte erwähnt. Das Resultat erlaubt erneut, sämtliche Investitionen abzuschreiben. Ausserdem sollen zusätzlich 1,16 Mio. Franken für Vorfinanzierungen verwendet werden. Die budgetierten Auflösungen von Vorfinanzierungen von 8.5 Mio. konnten nur im Umfang von 0.55 Mio. für den Schlosspark getätigt werden. Seinerseits dankt er der GRPK für die effiziente und reibungslose Zusammenarbeit bei der Behandlung dieser ersten Rechnung nach WOV. Die Verschmelzung von Rechnung und Jahresbericht ist sinnvoll und gut gelungen. Die gewonnenen Erfahrungen werden auch Optimierungen zulassen. Der Weg zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist noch nicht abgeschlossen. Die Empfehlungen der GRPK wird der Gemeinderat prüfen und zu gegebener Zeit dazu Stellung nehmen.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: 3.1 Die Leistungsberichte werden genehmigt.

3.2 Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 39'908'445.— für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

| | | |
|---------------------------------------|-----|--------------|
| - Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen | CHF | 2'537'991.— |
| - Steuern | | 306'863.— |
| - Gesundheit | | 3'630'504.— |
| - Kultur, Freizeit, Sport | | 2'933'913.— |
| - Bildung | | 12'384'993.— |
| - Öffentliche Sicherheit | | 862'360.— |
| - Soziale Dienste | | 11'524'577.— |
| - Verkehr, Strassen | | 4'343'299.— |
| - Versorgung | | 844'387.— |
| - Raumplanung, Umwelt | | 539'559.— |

3.3 Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 39'909'429.— werden genehmigt.

3.4 Die Laufende Rechnung 2006 wird mit Aufwendungen von CHF 65'825'755.06, Erträgen von CHF 65'826'738.40 und einem Ertragsüberschuss von CHF 983.34 genehmigt.

- ://: 3.5 Ergebnisverwendung: Die Verwendung des Bruttoüberschusses 2006 wird wie folgt genehmigt:**
- | | | |
|----------------------------------|-----|--------------|
| - Zusätzliche Abschreibungen | CHF | 5'549'100.84 |
| - Entnahme aus Vorfinanzierungen | | 608'163.25 |
| - Einlage in Vorfinanzierungen | | 1'161'000.00 |
| - Einlage in Kulturfonds | | 27'336.40 |
| - Zuweisung an Eigenkapital | | 983.34 |
- 3.6 Genehmigung der Bestandesrechnung mit Aktiven von CHF 53'856'379.63 und Passiven von CHF 53'855'396.29 werden genehmigt.**
- 3.7 Die Investitionsrechnung 2006 mit Ausgaben von CHF 6'815'448.87, Einnahmen von CHF 1'434'715.60 und Nettoinvestitionen von CHF 5'380'733.27 wird zur Kenntnis genommen.**

Mit 38 Ja bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

- ://: 3.8 Folgende Abrechnungen von Verpflichtungskrediten werden genehmigt (Nettoaufwendungen):**
- | | | |
|---|-----|------------|
| - Ersatz Personalcomputer- / Netzwerk-Infrastruktur | CHF | 196'638.70 |
| - Ausbau Leitungsnetz GGA | | 263'692.05 |
| - Ersatz Leitungsnetz GGA | | 222'935.30 |
| - Diverse Strassendeckbeläge | | 156'406.15 |
| - Korrekturen Rottmannsbodenstrasse | | 102'567.30 |

Traktandum 4

Geschäft Nr. 155 A

Bericht / Antrag der GRPK vom 6.6.2007:

Zusatzkredit Schlosspark

GRPK-Präsident M. Metz blendet zurück, weshalb das Geschäft nochmals zur Debatte steht. Der vom Gemeinderat am 21. Mai vorgelegte Bericht war ungenügend. Viele Fragen blieben offen, welche in Anbetracht des beantragten Kredits von 1,23 Mio. Franken zu Recht gestellt wurden; denn schliesslich hat der Einwohnerrat seine politische Verantwortung wahrzunehmen. Eingeräumt werden muss allerdings auch, dass es die FDP- und SVP-Fraktion versäumten, ihre Fragen vorgängig dem Gemeinderat zu stellen. Die SP- und CVP-Fraktion reagierten dann ihrerseits unsensibel auf den Antrag zur Überweisung an eine Spezialkommission. Dies führte zur überhitzten Reaktion, dass dem Antrag zur Ergreifung des Behördenreferendums stattgegeben wurde. Damit war der Scherbenhaufen angerichtet, worüber beide Seiten nicht glücklich waren. Die Exekutive hat daraufhin angeregt, dass die GRPK das Geschäft behandeln soll. Es wurde eine Subkommission gebildet, an welche alle Ratsmitglieder ihre Fragen richten konnten. Mit Ausnahme einer Fraktion haben alle diese Möglichkeit wahrgenommen. Der Gemeinderat hat sämtliche Fragen beantwortet, was in einem Bericht, den S. Zürcher verfasste, festgehalten wurde. Die GRPK hat diesen beraten. Auf dieser Basis beruhen der vorliegende Bericht sowie die Anträge. Diese lauten, dass der Einwohnerrat auf seine Beschlüsse vom 21. Mai zurückkommt, das Geschäft berät und den Zusatzkredit beschliesst. Auch die separat gestellten Fragen der SVP-Fraktion sind vom Gemeinderat beantwortet worden. Die GRPK ist zum Schluss gelangt, dass das Projekt nicht unnötigerweise gefährdet werden soll. Allerdings will die Prüfungskommission die Angelegenheit auch in Zukunft wachsam be-

gleiten. Rund ein Viertel des verlangten Kredits ist ohnehin unumgänglich. Die Altlasten im Boden müssen so oder so beseitigt werden. Abschliessend noch ein Wort zum Vorgehen: Seines Erachtens hat die Legislative die Kompetenz, auf ihre eigenen Beschlüsse zurückzukommen. Will der Rat auf das Geschäft nicht eintreten, so bleibt der am 21. Mai gefasste Beschluss bezüglich Behördenreferendum in Kraft. Andernfalls kann der Rat immer noch die Anträge der GRPK ablehnen oder annehmen. Er plädiert für Zustimmung.

Eintreten:

FDP: G. Metz weist darauf hin, dass seine Fraktion an der letzten Sitzung die Behandlung dieses Geschäfts in einer Kommission verlangte, was nicht zu einer wesentlichen Verzögerung führte, wie sich herausstellte. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, die Detailberatung fiel entsprechend extensiv aus. Mit dem positiven Volksentscheid vom Mai 2004 zum 15 Millionen-Kredit für das Projekt Schlosspark erhielt der Gemeinderat keinen Blankoscheck. Im Hinblick auf eine massive Überschreitung dürfen oder vielmehr müssen kritische Fragen gestellt werden. Mit dem vorliegenden Ergebnis der GRPK ist seine Fraktion zufrieden und unterstützt deren Anträge.

SVP: U.-P. Moos stellt namens seiner Fraktion den Antrag auf Nichteintreten auf das Geschäft. Das Behördenreferendum ist ein wichtiges Instrument des Parlaments. Mit der Annahme der GRPK-Anträge wird ein Präjudiz geschaffen. Der Gemeinderat könnte den Eindruck erhalten, dass künftig ein beschlossenes Referendum rückgängig gemacht werden kann.

CVP: L. Metzger: Seine Fraktion hält eine Volksabstimmung zu diesem Geschäft nicht für sinnvoll. GRPK, Gemeinderat und Verwaltung haben in verdankenswerter Weise überaus zügig die Gespräche aufgenommen. Mit der Beantwortung der Fragen ist die CVP zufrieden. Er ruft alle auf, nun alles daran zu setzen, dass das einmalige Projekt so rasch als möglich realisiert werden kann, sodass bis zur Uhren- und Schmuckmesse und der Fussball-WM im 2008 Hotel und Restaurant in Betrieb sein werden. Die Anträge der GRPK werden bejaht.

Grüne/EVP: R. Bänziger betont, dass ihre Fraktion nach wie vor hinter dem Projekt steht und die Vorwärtsstrategie des Gemeinderats unterstützt. Der Bericht der Subkommission hat letzte Zweifel ausgeräumt und sie im Entschluss gestärkt, diese Kröte zu schlucken, um endlich vorwärts zu kommen. Nach unglücklichen Zwischenrunden befindet man sich nun hoffentlich auf der Zielgeraden. Mit Befremden konnte aus dem Binninger Anzeiger entnommen werden, dass ihre sowie die SP-Fraktion Schuld daran seien, dass das Behördenreferendum zu Stande kam. Hätten die Bürgerlichen ihre Bedenken jedoch früher kommuniziert, so hätte dieser Umweg vermieden werden können. Deshalb wäre es von Vorteil, wenn in einem ähnlichen Fall künftig ein Behördenreferendum früher angekündigt würde; dies würde bestimmt besser aufgenommen.

SP: S. Zürcher nimmt für seine Fraktion in Anspruch, dass sie aktiv mitgeholfen hat, dass wieder ein Weg aus der verfahrenen Situation gefunden wurde. Die Stimmbürger/innen von Binningen wollen primär einen Schlosspark. Dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, darauf muss selbstverständlich geachtet werden. Er unterstützt die Aussage der Vorrednerin, dass frühzeitige Kommunikation nachträgliches Reparieren verhindert. Die Anträge der GRPK und der Zusatzkredit werden nach wie vor unterstützt.

FDP: M. Ziegler möchte zwei Dinge berichtigen: 1. Im Bericht wird er als Mitglied der Subkommission aufgeführt, was nicht zutrifft; 2. weist er die Behauptung klar zurück, seine Fraktion hätte nicht rechtzeitig vor der Sitzung angekündigt, dass sie das Geschäft an eine Spezialkommission überweisen will. Dies stimmt nicht. Zudem wurden schon öfters Geschäfte einer Kommission übergeben, bei denen es sich um einen Bruchteil der Summe handelte.

SVP: U.-P. Moos: Nachdem es unwahrscheinlich ist, dass sein Antrag auf Nichteintreten durchkommt, nimmt er wie folgt Stellung: Die Subkommissions- sowie die GRPK-Mitglieder waren offensichtlich nicht in der Lage, die gravierenden Probleme des Schlossparkprojekts zu erkennen. In der Subkommission war übrigens kein Baufachmann vertreten. Die GRPK hat ausschliesslich Gespräche mit dem Gemeinderat und der Verwaltung geführt. Bei korrekten Abklärungen sollten jedoch alle Parteien angehört werden. Die GRPK stellt der Exekutive einen Persilschein aus. Der Bericht ent-

hält aber kaum Fakten oder Ansätze, welche sicherstellen, dass das Schlosspark-Projekt nicht zu einem Fass ohne Boden wird. Gemäss GRPK sollen erst nach Abschluss des Projekts Fragen bezüglich Führung und Verantwortlichkeiten geprüft werden, was inakzeptabel ist. Der Bericht bringt die Sache somit nicht voran. Es sind 58 Fragen gestellt worden, was belegt, dass die Forderung nach einer Überweisung an eine Spezialkommission berechtigt war. Viele Antworten werfen aber wieder neue Fragen auf. Zudem wurde das Ziel, dass eine Spezialkommission unabhängige Abklärungen vornehmen und Lösungsvorschläge ausarbeiten soll, nicht erreicht. Bereits seit März 2006 liegt die Baubewilligung für das Imhof-Haus vor. Seit September 2006 besteht bezüglich Einstellhalle ein Rechtsstreit mit der Firma Glanzmann. Weshalb gelangt der Gemeinderat erst am 21. Mai 2007 mit einer so genannten Vorwärtsstrategie an den Einwohnerrat? Die geplante Einstellhalle ist ein Murks. Die Halle wurde vom Büro Glaser, Saxer & Keller geplant. Somit ist ein amtierender Gemeinderat direkt involviert. Gespräche zwischen Gemeinde, Glanzmann AG und der Stiftung Clarastiftung als Grundeigentümerin haben nie stattgefunden. Die Einfahrt ist mit einer Kurve von 180° konzipiert und lässt kein Kreuzen von zwei Autos zu. Ausserdem ist zu befürchten, dass die dafür budgetierten 1,95 Mio. Franken nicht ausreichen werden. Es fragt sich, weshalb der Gemeinderat andere, baulich bessere Möglichkeiten ablehnte. Gemäss Organigramm der Projektrealisation kontrollieren sich Verwaltung und Gemeinderat selber; die Verantwortlichkeit ist nicht klar definiert. Bei einem so komplexen Vorhaben drängt sich jedoch die Übernahme der Gesamtverantwortung durch externe Spezialisten auf. Die Schlossgasse als wichtige Querverbindung soll während 16 Monaten gesperrt bleiben, was nicht annehmbar ist. Auch der Grundsatz: je kürzer die Bauzeit desto tiefer die Kosten, wird nicht beachtet. Der Zusatzkredit löst die eigentlichen Probleme nicht. Der Rechtsstreit mit der Glanzmann AG besteht nach wie vor, was unabsehbare Mehrkosten nach sich ziehen kann. Der juristische Streit muss deshalb so rasch wie möglich beigelegt werden. Die Mehrheit der Fraktion lehnt daher den Kredit ab.

M. Metz merkt als Präsident der GRPK an, wenn sich die SVP-Fraktion mit ihren Fragen an die Kommission gewendet hätte, wären diese auch beantwortet worden. Sie hat aber die Mitarbeit in der Subkommission verweigert.

M. Moos erwidert, dass seine Fraktion neun Fragen einreichte.

SP: V. Dubi stellt den Ordnungsantrag, dass keine Fraktion mehr als fünf Minuten Redezeit beanspruchen soll. Die Debatte soll deshalb beendet werden.

Präsidentin E. Kohl lässt über den Ordnungsantrag abstimmen.

://: Einstimmig wird beschlossen, dass die Eintretensdebatte zum Geschäft 155 abgeschlossen ist.

://: Mit 31 Ja, 4 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen: Auf das Geschäft wird eingetreten.

SVP: U.-P. Moos legt Wert auf die Feststellung, dass er gegen Eintreten gestimmt hat.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* dankt allen GRPK-Mitgliedern für die speditive Abwicklung bei der Prüfung dieses Geschäfts. Es bedeutete einen grossen Einsatz der Beteiligten und ringt ihr allen Respekt ab.

Detailberatung: entfällt

Mit Ja, 32 Ja, 3 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 1. Der Beschluss des Einwohnerrats vom 21. Mai 2007 zu Geschäft 155 wird aufgehoben und das Geschäft 155 im Rat noch einmal behandelt.

://: 2. Vom aktuellen Stand des Schlosspark-Projekts wird Kenntnis genommen.

Mit 30 Ja, 3 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 3. Der Zusatzkredit für die prognostizierten Mehraufwendungen von CHF 1.23 Mio. wird bewilligt.

SVP: U.-P. Moos gibt zu Protokoll, dass er alle Anträge abgelehnt hat.

Traktandum 5**Geschäft Nr. 158**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2007:

Schaffung eines SchülerhortsEintreten:

FDP: C. Fünfschilling: Ihre Fraktion hat vom Problem der Schülerbetreuung im Tagesheim Kenntnis genommen und befürwortet die vorgeschlagene Lösung. Allerdings wird eine detaillierte Kostenaufstellung im Budget erwartet.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Auch ihre Fraktion nimmt den Bericht gerne zur Kenntnis. Es erscheint sinnvoll, dass Kleinkinder und Schüler/innen im Tagesheim separiert werden. Es bleibt zu hoffen, dass sich mit dieser Massnahme die Wartezeiten auf einen Krippenplatz reduzieren. Wichtig ist auch, dass die Führung des Horts dem Tagesheim untersteht und nicht der Schule.

CVP: S. Bräutigam bestätigt, dass die Auslagerung der Schülergruppe aus dem Tagesheim dringend nötig ist, da die Bedürfnisse sehr unterschiedlich sind. Die Lösung mit dem Jugendhaus ist gut. Sobald die Tagesschule eingerichtet ist, soll der Schülerhort durch die Tagesstruktur der Primarschule abgelöst werden.

Auch *U. Rediger, SVP*, unterstützt grundsätzlich die vorgeschlagene Lösung. Wie es C. Fünfschilling bereits erwähnte, interessieren auch seine Fraktion die genauen Kosten.

SP: G. Köhler begrüsst ebenfalls die aufgezeigte Lösung, zumal die voraussichtlichen Kosten im Rahmen bleiben dürften.

Stellungnahme des Gemeinderats: *H. Ernst* dankt für die wohlwollende Zustimmung. Das Geschäft war bereits im Mai - gleichzeitig mit der Schaffung eines weiteren Mittagstischs - traktandiert, musste aber aus Zeitgründen zurückgestellt werden. Selbstverständlich werden im Voranschlag 2008 die Kosten detailliert aufgeführt sein. Tatsächlich ist es wichtig, dass einerseits das Platzproblem gelöst wird, aber auch, dass die Kinder altersgerecht betreut werden können. Die Stiftung Kinderbetreuung wird sich in Zukunft auf die Betreuung der Vorschulkinder konzentrieren.

Detailberatung: entfällt

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Schaffung eines Schülerhorts und den finanziellen Auswirkungen auf das Budget der Stiftung Kinderbetreuung.

Traktandum 6**Geschäft Nr. 154**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2007:

Bewilligung eines Planungskredits von CHF 25'000.— für die Sanierung des Saunatrakts der Sport- und Schwimmhalle SpiegelfeldEintreten:

FDP: M. Bolleter stimmt namens seiner Fraktion dem Kredit grundsätzlich zu. Dass sich eine Sanierung aufdrängt, ist unbestritten. Diese sollte aber im Sinne einer sanften Renovation und in Absprache mit der Mieterin vorgenommen werden. Letztere hat durch ihr attraktives Angebot eine Stammkundschaft erworben. Aufgrund der Vorlage wird jedoch befürchtet, dass "mit der grossen Kelle" angerichtet werden soll. Damit würde in Kauf genommen, dass die hohen Kosten die Vermietung nachher verunmöglichen, weil der Mietzins zu stark erhöht werden müsste. Der Gemeinderat zieht in Betracht, dass der Betrieb der Sauna durch das Gemeindepersonal gewährleistet werden könnte. Ein Saunabetrieb erfordert aber besondere Kenntnisse. Davon möchte die FDP dringend abraten. Ein Negativbeispiel hat sich in Muttenz ergeben, wo nach der Sanierung wieder mühsam ein/e private/r Mieter/in gesucht wird. Seine Fraktion erwartet deshalb, dass die eigentliche Vorlage im Herbst diese Aspekte berücksichtigt.

SP: D. Gorba hält eine Sanierung nach 35 Betriebsjahren für gerechtfertigt. Es bleibt zu hoffen, dass das neue Betriebskonzept eine bessere Nutzung der Räumlichkeiten für Sauna und Fitness erlauben wird. Die Mehrheit seiner Fraktion wird den Planungskredit gutheissen.

CVP: A. Achermann ist ebenfalls der Meinung, dass eine Sanierung notwendig ist. Was gemacht werden soll, muss durch eine sorgfältige Planung erhoben werden. Deshalb stimmt seine Fraktion dem Kredit zu. Zustimmung findet auch die Absicht des Gemeinderats, dass für das Hallenbad ein jährlicher Deckungsbeitrag erwirtschaftet werden soll.

Grüne/EVP: B. Gürler: Auch ihre Fraktion wird den Kredit bewilligen, damit optimale Lösungen gefunden werden können. Hallenbad und Restaurant werden von der Bevölkerung sehr geschätzt. Eine renovierte Sauna erhöht die Attraktivität und ist eine sinnvolle Ergänzung. Deshalb soll nicht nur das Allernotwendigste realisiert werden.

SVP: M. Trautwein schliesst sich den Vorrednern an. Vorbehalte und Ziele wurden bereits erwähnt. Der Kredit wird daher genehmigt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* dankt für die zustimmenden Voten. Tatsächlich ist das Hallenbad eine ausgesprochen gefragte Einrichtung. Er vertritt die Auffassung, dass auch die betriebliche Seite diskutiert werden muss und alle Optionen zu prüfen sind. Doch die geäusserten Vorbehalte und Anregungen werden einfließen.

Detailberatung: entfällt

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: Für die Planung der Sanierung des Saunatrakts in der Sport- und Schwimmhalle Spiegelfeld wird ein Planungskredit von CHF 25'000.— bewilligt.

Traktandum 7**Geschäft Nr. 138 A**

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2007:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 44'000.— für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung des Verkehrskreisels KronenplatzEintreten:

FDP: W. Müller erinnert daran, dass der Einwohnerrat das Geschäft im Januar 2007 an den Gemeinderat zurückwies, weil der Kredit von 55'000 Franken als zu hoch erachtet wurde. Auch 44'000 Franken sind für einen Ideenwettbewerb noch viel zuviel. Da der Kreisel Sache des Kantons ist, ist die Mehrheit seiner Fraktion der Auffassung, dass letzterer ein Vorschlag unterbreiten soll. Dabei hat die Gemeinde Mitspracherecht. Stösst dieser Vorschlag auf Ablehnung, so kann immer noch ein Ideenwettbewerb mit kleinem finanziellem Aufwand durchgeführt werden. In der Coop-Zeitung war kürzlich folgender Aufruf: "Kreisel gesucht, die Coop-Zeitung sucht aussergewöhnliche Verkehrskreisel; senden Sie uns Ihre Fotos". Dies würde praktisch nichts kosten. Seine Fraktion lehnt den Antrag ab.

SVP: F. Gerber: Erneut hat der Gemeinderat kein Kostendach für den Kreisel festgelegt. Das bedeutet, dass die Katze im Sack gekauft würde. Vermutlich hat der Gemeinderat seine Gründe, dass er die endgültigen Kosten nicht nennt. Die Angelegenheit erinnert ihn an das Friedhofprojekt, für welches ebenfalls ein Wettbewerb ausgeschrieben wurde und der Einwohnerrat nichts zu den Kosten sagen konnte. Er stellt daher den Antrag: Der Betrag von 44'000 Franken soll nicht für einen Rosthaufen, der niemandem gefällt ausgegeben werden, sondern der Gemeindegärtnerei zu Verfügung stehen. Sie soll damit den Kreisel angemessen begrünen, z. B. mit einer Blutbuche. Denn die vorhandene wird die umfangreichen Bauarbeiten kaum überstehen.

Grüne/EVP: B. Gürler ist auch nicht besonders erfreut über diese zweite Vorlage, ist sie doch inhaltlich - ausser der Kürzung um 10'000 Franken - identisch mit derjenigen im Januar. Allerdings blieb dem Gemeinderat auch nicht viel anderes übrig; bemüht er sich doch, ein seit 2003 hängiges Postulat zu erfüllen. Die breiter abgestützte Jury findet nun allenfalls mehr Akzeptanz im Rat, wobei dies deren Entscheidung eher erschwert. Die von der SVP-Fraktion beantragte Begründung wäre zwar eine Variante. Mehrheitlich befürwortet ihre Fraktion aber nach wie vor einen Ideenwettbewerb. Binningen hat kein schönes Zentrum. Hier bietet sich die Gelegenheit, an einem markanten Punkt etwas Gefälliges umzusetzen. Diese Chance für etwas Kreatives sollte gepackt werden.

SP: U. Kunz: Sinn und Zweck des Ideenwettbewerbs ist es, dass alle Einwohner/innen oder andere Interessierte sich daran beteiligen können. Der Kronenplatz ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt von Binningen mit direktem Bezug zu Schlossgasse und -park. Ergreift die Gemeinde die Initiative nicht, so wird der Kanton vermutlich aufgrund bisheriger Erfahrungen eine Verlegenheitslösung wählen. Es bietet sich die seltene Möglichkeit, die Bevölkerung in die Gestaltung des Kreisels mit einzubeziehen. Er bittet die Ratsmitglieder, dem Betrag von 44'000 Franken zuzustimmen.

CVP: S. Bräutigam setzt sich im Namen ihrer Fraktion erneut für den Wettbewerb ein, weil damit der befürchtete Rosthaufen verhindert werden kann. Dieser markante Punkt in Binningen soll gut gestaltet werden. Die Investitionsausgabe wird bewilligt.

Grüne/EVP: U. von Bidder: Als Postulant geht es ihm um die positive Wahrnehmung dieses viel frequentierten Platzes. Der offene Wettbewerb ist der richtige Weg, um dieses Ziel zu erreichen. Der rollende Verkehr wird zwar ein Störfaktor bleiben, doch hofft er auf einen schönen Kreisel.

SVP: U.-P. Moos fragt, wie gross der Kreisel eigentlich ist.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon:* Nach der Debatte und der Ablehnung im Januar wurde eine günstigere Lösung gesucht, die aber dennoch professionell ist. An sich hätte auch die Verwaltung Vorschläge ausarbeiten können. Im Moment ist sie aber durch andere Projekte so stark eingebunden, dass diese Variante verworfen wurde. Willy Müller regt an, dass der Kanton einen

Vorschlag machen soll; doch was, wenn dieser nicht gefällt. In diesem Fall muss in einem Jahr doch ein Wettbewerb durchgeführt werden. Was das Argument von Fredy Gerber "die Katze im Sack kaufen" betrifft, so kann der Gemeinderat durchaus eine Kostenlimite festlegen. Diese möchte er aber bewusst erst in den Rahmenbedingungen des Wettbewerbs bekannt geben. Ausserdem hat der Einwohnerrat immer noch Gelegenheit, für oder gegen das ausgewählte Objekt zu stimmen. Und schliesslich zur Frage von Urs Peter Moos: Eine genaue Ziffer kann er nicht angeben. Es ist eigentlich eher ein Oval als ein Kreis und dürfte etwa die gleichen Ausmasse haben wie der Dorenbachkreisel. Er bittet den Rat, die Summe zu genehmigen.

FDP: M. Metz hält es durchaus für entscheidend - nicht zuletzt auch für die Wettbewerbs-Teilnehmer/innen -, zu wissen, welche ungefähre Summe das Kunstwerk kosten darf.

Gemeindepräsident C. Simon antwortet, dass dafür im Budget 100'000 Franken vorgesehen sind.

SP: G. Köhler: Der kreative Prozess ist nicht vergleichbar mit einer Offerte für eine neue Brücke. Es geht nicht primär ums Geld, sondern um eine Idee, welche sich dann auch umsetzen lässt. Die Chance, dass sich die breite Öffentlichkeit damit auseinandersetzt, sollte unbedingt genutzt werden. Das kleine Risiko, dass aus dem Wettbewerb kein brauchbarer Vorschlag hervorgeht, sollte in Kauf genommen werden.

SP: U. Kunz hat Mühe damit, dass die Geldfrage im Vordergrund steht. Auch wenn ein Rahmenkredit vorgegeben wird, heisst dies noch nicht, dass er auch ausgeschöpft wird. Der Wettbewerb liefert zumindest Ideen, welche Vorstellungen die Bevölkerung bezüglich Kreisel hat.

::: Mit 12 Ja, 18 Nein bei 9 Enthaltungen wird der Antrag der SVP, Verwendung des Betrags zur Begrünung des Kreisels durch die Gemeindegärtnerei, abgelehnt.

Mit 14 Ja, 19 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen:

::: Für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs betreffend Gestaltung des Verkehrskreisels am Kronenplatz wird die Investitionsausgabe von CHF 44'000.— nicht bewilligt.

Traktandum 8

Geschäft Nr. 164

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht)

Eintreten:

SP: V. Dubi: Der Bericht spiegelt das breite Spektrum, was alles in der Gemeinde läuft. Das Postulat betreffend Skating-Anlage kann als erfüllt abgeschrieben werden, was sehr erfreulich ist. Der Gemeinderat betrachtet auch den Vorstoss "Mehr Bewegung in der Gemeinde" als erledigt. Damit ist ihre Fraktion nicht einverstanden. Sie möchte, dass im Leistungsauftrag Gesundheit oder Sport eine entsprechende Verpflichtung aufgenommen wird, damit das Angebot weiterhin bestehen bleibt. Dass mehr Bewegung nötig ist, dürfte inzwischen unbestritten sein.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Josef* bestätigt, dass beabsichtigt ist, den Leistungsauftrag Sport entsprechend zu ergänzen. Bei der nächsten Überarbeitung muss noch ein Leistungs- bzw. Wirkungsziel formuliert werden. Im Budget sind 5'000 Franken aufgenommen.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: 1. Das Postulat Grüne, SP-Fraktion: Einrichtung einer Skating-Anlage in Binningen (Gesch. Nr. 190/VIII) wird als erledigt abgeschrieben.

Mit 28 Ja und 10 Nein (38 Anwesende) wird beschlossen:

2. Das Postulat FDP-Fraktion: Mehr Bewegung in unserer Gemeinde (Gesch. Nr. 106/IX) wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 9

Geschäft Nr. 142

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Postulat SVP: Pflegeplatz für junge allein lebende Behinderte

Eintreten:

SVP: M. Trautwein ist überzeugt, dass der Gemeinderat sich für das Anliegen einsetzen wird.

SP: T. Rehmann ist erstaunt, dass der Postulant mit der Antwort zufrieden ist. Tatsache ist, dass es an Pflegeplätzen mangelt. Ihre Fraktion würde es deshalb gerne sehen, wenn der Vorstoss noch nicht abgeschrieben würde.

M. Trautwein entgegnet, dass offensichtlich der Kanton dafür zuständig ist. Auch hat er Vertrauen, dass Heidi Ernst sich im Rahmen des Möglichen dafür einsetzen wird.

Mit 30 Ja, 7 Nein bei 1 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Traktandum 10

Geschäft Nr. 152

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Postulat FDP: Für eine rasche Realisierung des Margarethenstichs der Tramlinie 10

Eintreten:

SP: G. Köhler äussert sich erfreut darüber, dass auch die FDP die Förderung des öffentlichen Verkehrs erkannt hat. In diesem Zusammenhang möchte er auf die SP-Initiative Baselland hinweisen, in welcher der Margarethenstich explizit erwähnt wird. Es bleibt abzuwarten, wie Basel-Stadt reagiert.

SVP: U.-P. Moos bemerkt, dass das Postulat zwar gut gemeint ist. Die Forderung besteht allerdings bereits seit 15 Jahren und die Baukosten würden rund 8 Mio. Franken verschlingen. Die Frage der Erschliessung der Tramlinien 10 und 17 in der Innerstadt ist noch offen. Auch hat sich Regierungsrat Lewin dahingehend in den Medien geäussert, dass nach Realisierung des Margarethenstichs nicht mehr unbedingt garantiert wäre, dass die Tramlinie 2 weiterhin an den Bahnhof SBB fahren würde. Deshalb sind weitere Abklärungen abzuwarten. Seine Fraktion wird gegen Überweisung stimmen.

SP: T. Rehmann weist darauf hin, dass es hier um die Trasselegung und nicht um Fahrpläne geht. Voraussichtlich wird im Herbst die Linienführung ins Gundeldingerquartier spruchreif sein.

FDP: M. Ziegler ergänzt, dass mit dem Vorstoss erreicht werden soll, dass die Angelegenheit geprüft wird. Aus diesem Grund plädiert er für Überweisung des Postulats.

Mit 30 Ja, 6 Nein bei 1 Enthaltung (37 Anwesende) wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 11

Geschäft Nr. 161

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Motion CVP: Pandemieplan für die Gemeinde Binningen

Eintreten:

CVP: K. Amacker erklärt sich für ihre Fraktion damit einverstanden, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Die Umsetzung eines Pandemieplans erfordert ein hohes Mass an personellen Ressourcen. Sie bittet den Gemeinderat, diesem Umstand gebührend Rechnung zu tragen.

Mit 35 Ja, bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 12

Geschäft Nr. 159

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 12.6.2007:

Motion CVP: Schliessung des Schiessstandes am Allschwiler-Weiher

Eintreten:

CVP: S. Bräutigam hofft, dass der Gemeinderat alles daran setzt, dass die baldige Schliessung des Schiessstandes Wirklichkeit wird. Ausser der Lachmatt wären auch noch andere Möglichkeiten zu prüfen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* erwähnt, dass es sich um eine äusserst verkorkste Angelegenheit handelt. Aufgrund des Entscheids des Bundesgerichts im April 2007 hat die IG Regionalschiessplatz Allschwilerweiher bei der Bau- und Umweltschutzdirektion Baselland beantragt, dass eine Verfügung mit sofortiger Einstellung des Schiessens erlassen wird. In der Antwort darauf wird Stellung genommen zum Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2003, wonach die obligatorische Schiesspflicht Vorrang hat vor anderen Anliegen. Würde dem Begehren der IG entsprochen, wäre davon auszugehen, dass das Bundesgericht die Verfügung aufheben würde. Kürzlich fand eine Gemeindeversammlung in Muttenz statt. Es scheint, dass erneut eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht wird, was aufschiebende Wirkung hätte. Selbst wenn der Schiessbetrieb eingestellt werden könnte, muss die Anlage Lachmatt saniert werden, was mindestens bis Ende 2008 dauern würde, obwohl die entsprechenden Vorbereitungen getroffen sind. Eine Lösung in nächster Zukunft ist deshalb kaum zu erwarten. Würde sich Basel-Stadt für einen anderen Standort entscheiden, würde dies auch einige Zeit benötigen. Einmal mehr ist darauf hinzuweisen, dass für den Schiessplatz die Gemeinde Allschwil zuständig und Basel-Stadt involviert ist und sich Binningen lediglich als Gesprächspartner in die Verhandlungen einschalten kann. Aus diesem Grund will der Gemeinderat den Vorstoss denn auch als Postulat und nicht als Motion entgegen nehmen.

Mit 30 Ja, 2 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Vorstoss wird als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 13

Diverses

Keine Wortbegehren.

Ratspräsidentin E. Kohl wünscht allen eine erholsame Sommerpause, ihrem Nachfolger nochmals alles Gute und lädt die Anwesenden zum Apéro ein.